

Zeitung

Verandfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Zeile meterweise oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite 11 Meterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. für die Anzeigenzeitung: 6 1/2 Pf. Erhalten täglich 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Schließung um Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10. Dr. Seebassstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Gröden, Weichholzstr. 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zwölftägiger Auslieferung 3.00 Mark, vierteljährlich 8.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Poststellen angenommen. Im Ausland, Zeitungsvereinigungen unter Angabe der Zeitung eingetroffen. Für unregelmäßig eingehende Monatshefte wird keine Gewähr übernommen. Abdruck nur mit der Genehmigung der Geschäftsleitung gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1130, der Anzeigen-Abt. Nr. 1132 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Nr. 40.

Halle, Sonnabend, den 24. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Deutschland und Ungarn.

Eine Unterredung mit Minister Müller.

WTB, 24. Januar. „Budapesti Hírlap“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem Reichsminister des Auswärtigen Müller. Dieser erklärte, der Zusammenstoß zwischen dem Friedensschlichter von Berolice, St. Germain und Neulitt ist unvermeidbar. Ebenso, wie wir hoffen, daß die Kraft der Bevölkerung und die Entwicklung der Zukunft eine Revision des Friedensvertrages bringen werden, hoffen wir dies für Ungarn. Wir hoffen, daß Ungarn mit harter Arbeit sich den ihm zuzuführenden Pflichten erweisen wird. Mit Ungarn in Verbindung uns aufrichtige Sympathie. Wir hoffen sie nicht zu langer Zeit in gerechtfertigter wirtschaftliche Beziehungen treten zu können. Ungarn und Deutschland können sich ohne diese politische Bündnis durch Austausch ihrer industriellen und landwirtschaftlichen Produkte ergänzen.

Der Erzberger-Helferich-Prozess.

4. Tag.

Berlin, 24. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Im Erzberger-Helferich-Prozess soll sich Erzberger noch zu einigen allgemeinen Fragen äußern. Er erklärt nochmals unter feigen Gewissensbissen parlamentarische Stellung zu finanziellen Zwecken mißbraucht zu haben. Nach Aussage Müller: Die Abgeordneten sind dazu da, die Tätigkeit der Behörden zu überwachen, daß nicht unzulässige Dinge zwischen ihnen und Firmen vorkommen. Pöhl ist sich damit vereinbar, daß ein Abgeordneter gegen Verletzung die Vertretung einer Firma übernimmt?

Erzberger: Es ist bekannt, daß eine ganze Reihe von Abgeordneten, Hugo, Stresemann usw., wirtschaftliche Berater in irgendwelchen Unternehmen sind. Auch z. B. der Abgeordnete Diederichsen. Rechtsanwalt Müller: Ich finde etwas darin, daß ein Abgeordneter, der mit einer Interessengruppe in Verbindung steht, deren Vertretung übernimmt, um ihre Interessen bei den Behörden zu vertreten. Halten Sie es für zulässig, daß ein Abgeordneter als Vertreter privater Interessen bei Behörden interveniert, ohne sich als Vertreter dieser Privatinteressen zu bezeichnen?

Erzberger: Ja. Es gibt zahlreiche Beispiele, so den Abg. Kneip, dem niemand aus seiner Tätigkeit einen Vorwurf gemacht hat. **Dr. Müller:** Es handelt sich nicht nur um die Vertretung des Interventionsrechtes, sondern auch um die Art der Intervention. Haben Sie nicht verstanden, Zuder für ein Präzedenzfall zu erlangen, ohne zu erwähnen, daß Sie selbst daran interessiert sind?

Dr. Müller: Ich bitte diese Einzelfrage später zu behandeln. **Dr. Müller:** Dann bitte ich um die Beantwortung des allgemeinen Teiles der Frage. Halten Sie es für angängig, daß ein Minister oder Abgeordneter seine amtlichen Kenntnisse dazu benutzt, Aktien zu kaufen, z. B. Tabakaktien?

Erzberger: Ich habe Tabakaktien nach der Anlieferung der deutschen Handelsflotte gekauft, um mein Vertrauen zur deutschen Zukunft zum Ausdruck zu bringen. **Dr. Müller:** Man war damals in Schiffsüberfließen sehr deprimiert. Haben Sie nicht Ihre Kenntnisse von der bevorstehenden Entscheidung benutzt, die Aktien zu kaufen?

Erzberger: Ich war damals ja nicht Finanzminister. **Helferich:** Ich habe während meiner Amtstätigkeit keine Papiere gekauft, außer Kriegsanleihe. Alle Papiere, die ich bei meiner Berufung besaß, habe ich liquidiert. Im englischen Überwache hat Neulitt ausgesprochen, daß es zu den größten Vorwürfen gegen einen Staatsmann gehöre, seine amtliche Kenntnisse zu Spekulationen zu benutzen.

Erzberger: Ich habe bereits im Oktober meine Spekulationen abgeschlossen. **Dr. Müller:** Halten Sie es für zulässig, daß ein Minister an einer Firma beteiligt ist, die vornehmlich Staatsaufträge hat, wie z. B. bei der Firma Müller. Haben Sie eine Erklärung dafür, wie es kam, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten dem Eisenbahnenzentralamt die Stellung gab, der Firma Aufträge für die Konstruktion zu erteilen, die vorher vom Eisenbahnenzentralamt abgeteilt wurde?

Helferich: Ich habe während meiner Amtstätigkeit keine Papiere gekauft, außer Kriegsanleihe. Alle Papiere, die ich bei meiner Berufung besaß, habe ich liquidiert. Im englischen Überwache hat Neulitt ausgesprochen, daß es zu den größten Vorwürfen gegen einen Staatsmann gehöre, seine amtliche Kenntnisse zu Spekulationen zu benutzen.

Erzberger: Ich habe meine Gründe dafür bereits dargelegt.

Helferich: Mir sind solche Fälle unbekannt. Nur bei Direktoren kommen solche garantierte feste Besätze vor.

Dr. Müller: Haben Sie an den Aufsichtsratsmitgliedern bei Thünen teilgenommen?

Erzberger: Sie finden sehr selten statt. Meist nahmen nur Familienmitglieder daran teil. **Dr. Müller:** Ist es richtig, daß Sie sich im Arzeneimehrheit für Durchführungsverbot bemüht haben, z. B. für Alkohol, sich dabei auf das Ministeramt bezogen haben, das dann die Beweise nicht mehr deckte?

Erzberger: Ich habe mich während des Arzeneis für einige Anträge um Durchführungsverbot bemüht, auch auf Wunsch des Auswärtigen Amtes, und habe sie erlangt.

Dr. Müller: Haben Sie persönliche Vorteile dabei erlangt?

Erzberger: Nie und niemals! (Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Gräueltat geräumt.

Gewaltige deutsche Kundgebungen. **WTB, Danzig, 24. Januar.** Von amtlicher mitteilbarer Seite wird gemeldet, Gräueltat ist gestern mittag ohne Zwischenfall geräumt worden. Es fanden gewaltige deutsche Kundgebungen fast der gesamten Bevölkerung statt. Die Polen rüsten unmittelbar nach der Räumung ein.

Hismarks dritter Band weiter ein Geheimdokument.

Stuttgart, 24. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der Beschuß des Stuttgarter Landgerichts in dem Rechtsstreit Wilhelm II. gegen die Verleger Cotta auf Beschlagnahme des in November erlassenen Verbots der Herausgabe des dritten Bandes der Hismarkschen Gesandten und Erinnerungen wird aufrechterhalten. Der Prozeß dürfte nunmehr vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart fortgesetzt werden.

Berliner Immobilienhandel.

Berlin, 24. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der Immobilienhandel des Anlandes steht in Berlin in voller Blüte. Es wird z. B. mitgeteilt, daß der Goethepark in Charlottenburg in die Hand der holländischen Grundstücksverwertungs-gesellschaft Rothbart in Berlin übergegangen ist. Der Kaufpreis soll 60 Millionen Mark betragen. Der Goethepark umfaßt 60 Grundstücke.

Die Festsetzung von Höchstmieten.

Berlin, 24. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die deutschdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung hat folgenden Antrag Friedberg und Ben. eingeschrieben: Die Preussische Landesversammlung möge beschließen, den Herrn Minister für Volkswirtschaft zu ersuchen, die von ihm erlassene Verordnung zur Festsetzung von Höchstmieten vom 9. Dezember 1919 hinsichtlich der Landesvermittlung vorzulegen, um hier eine Nachprüfung dieser Verordnung zu ermöglichen.

Ein Millionenbetreiber vor Gericht.

WTB, München, 24. Januar. Das Schwurgericht München verurteilte den ansehnlichen Handelsmann Wilhelm Sponcer aus Brühl (Rheinland) unter Anschluß mildernder Umstände zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Der Verurteilte hatte im März v. J. versucht mit falschen Papieren auf den höchsten Namen eines Grafen Anzeigend den Kredit bei Bayern namens der italienischen Regierung um 17 Millionen zu betragen. Die Beweisaufnahme konnte nicht hin ergeben, wer der Verurteilte eigentlich ist.

Ein ungarischer Protest.

WTB, Budapest, 24. Januar. Das ungar. Korrespondenz-Büro meldet: Die ungarische Friedensdelegation überreichte dem Präsidenten der Pariser Friedenskonferenz eine Note, in der sie gegen die Forderung des Belgischer Waffensstillstands-Abkommens und die von den kriegführenden Mächten gegen Belgien, Frankreich, Serbien und Rumänien begangenen Gewalttaten protestiert.

Heimkehr über die Schweiz.

Basel, 24. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Mitteilung des „Berner Bund“ dürfte in den nächsten Tagen der Abtransport der kriegsgefangenen aus Frankreich durch die Schweiz beginnen. Auf der Strecke Basel-Konstanz sollen etwa 10 Offiziere, auf der Strecke Basel-Kiel die Mannschaften verkehren. Die Transporte werden im Ganzen ungefähr 16 000 Personen betreffen. Je nach den Verhältnissen werden die Zahlen erhöht werden. Ferner kommen etwa 1700 Schwerverwundete und Kranke auf der Strecke Basel-Konstanz zum Abtransport.

Die alliierte Marine-Kommission in Kiel.

WTB, Kiel, 23. Januar. Die Marine-Kommission der alliierten Mächte ist heute abend an Bord des englischen Kreuzers „Concort“, der von den beiden französischen Torpedobootzerstörern „Dile“ und „Touquet“ begleitet ist, in den Hafen eingelaufen.

Sechs Stunden.

Die Arbeit im Ruhrkohlengebiet ist durch die Forderung der sechs Stunden scharf gefährdet. Wird um die Zeit vergeblich gekämpft, so bedeutet das dem Auslande, Kostentend vieler deutscher Gewerbe, tiefer Erbitterung der Volksmassen einschließlich der von der Kohlenlieferung abhängigen Arbeiterklasse, unabsehbare Folgen für die Haltung des Auslands; wir hätten den wirtschaftlichen (und vielleicht nicht nur wirtschaftlichen) Bürgerkrieg. Wird die Sechsstundenforderung durchgesetzt, so dauert die fördernde Arbeit vierzehn Stunden während jeder Schicht, der Ertrag geht entsprechend zurück, die Lösung, die Kohlenum auch nur zu mildern, muß begraben werden. Ein deutliches Schicksal wird im Kohlengebiet entfalten.

Ein äußerer Versuch, auf die Einsicht der Bergarbeiter zu wirken, ist nötig. Man soll nicht, etwas phantastisch, von Trägheit und von dem stillosen Wert der Arbeit: man soll von den Folgen sprechen. Die werden den Kohlenarbeiter graulich reissen, wenn er im Kampfe gegen die Notwendigkeit liegt. Die deutsche Arbeiterkraft des Jahres 1920 kann es sich nicht leisten, grundsätzliche Erörterungen darüber anzustellen, ob sechs Stunden einer gewiß harten Arbeit genügende Leistung sind. Könnte man sich damit begnügen: die Träger angenehmerer Berufe würden den Bergarbeitern die Entlastung gönnen müssen. Aber man kann sich nicht damit begnügen. Seien die Bergleute die Sechsstundenpolitik durch, so verurteilen sie mindestens die Hälfte der noch oder wieder arbeitenden deutschen Industrie zum Stillstand und damit einen entsprechenden Teil der Arbeiterkraft zur Arbeitslosigkeit. Sie verhindern die Herstellung aller der Dinge, deren sie bedürfen, sogar der — Anlagen und Werkzeuge für den Kohlenbergbau. Sie treiben die Preise auf eine Höhe, die von den Büchern niemals erreicht werden kann. Sie hungern sich selber aus.

Dies alles sind keine überflüssigen Meinungen; die Wirkungen lassen sich mit genauen Zahlen bezeichnen. Begrüßt der Kohlenarbeiter, daß es um die Erhaltung seines eigenen Lebens geht, so wird er darauf verzichten, aus der Notfrage eine Rechtsfrage zu machen und zweifelhafte Vergleiche anzustellen. In anderen Ländern ist die Sechsstundenpolitik ebenfalls gefordert, bedingungsweise sogar bewilligt worden? Viele Länder sind in unvergleichlich günstiger Lage als wir; und haben doch an den Folgen der Arbeitsverkürzung schwer zu tragen; der „Kormarkt“ macht darauf aufmerksam, daß den englischen Bergleuten die Sechsstundenpolitik zwar verprochen ist, aber erst für das Jahr 1921, unter der Voraussetzung, daß die Erträge sich bis dahin entsprechend gehoben haben; vorläufig arbeitet der britische Kohlenbergmann dreizehn Stunden länger als der deutsche. Aber auch wenn er, zum Schaden der englischen Wirtschaft, längere Schichten verfähre; was würde uns, in unserer Not, das nützen? Die Welt wäre um so stiller daran, und der deutsche Arbeiter am schlimmsten.

Deutschland hat vor dem Kriege monatlich 15 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert; jetzt fördert es 10 1/2 Millionen, von denen, nach dem Friedensvertrag, 3 1/2 Millionen dem Ausland abgeliefert werden müssen. Nach dem Mohltat der Vorkriegszeit braucht auch das verkleinerte Reich monatlich gegen 12 Millionen Tonnen, mit Rücksicht auf die Abgabe: 15 1/2 Millionen. Da bei fehlt das Saargebiet. Um dem Bedarf zu genügen, müßten wir aus den uns verbleibenden Schichten mindestens 10-12 v. H. mehr herausheben, als im Jahre 1918 gefördert wurde. Tatsächlich wird um fast 20 v. H. weniger gefördert. Das dem so ist, liegt nicht einmal an der vielbesprochenen „Arbeitsmangel“: auf den Kopf und die Stunde gerechnet wird schon heute zu viel geschafft, wie vor dem Kriege. Zu dem halben Raß vom Mai bis zum November 1919 steigerte sich die Förderung um 13-14 v. H. Denkbar wäre es also, daß in etwa zwei Jahren der notwendige Ertrag erreicht und Deutschland errettet würde, wenn nicht...

Wenn nicht die Bedenkenlosigkeit politischer Aufrechter ein Kammschittel brauchte. Der deutsche Arbeiter ist nicht arbeitsfähig. Er hat auch eingesehen, daß alles auf den Ertrag seiner Arbeit ankommt. Aber die radikalen Führer, die ihm nichts Gegenständliches mehr zu bieten haben, brauchen etwas, womit sie die anderen wichtigsten überbieten. Darüber, daß man mit Arbeitsverringern niemandem satt macht, daß Vorkriegsöhnen vollkommen wertlos sind, können diese Führer keinen Arbeiter mehr täuschen: es bleibt nur die Schichtverkürzung. Scheinen sechs Stunden erreichbar, so fordern sie fünf Stunden (die Kommunisten haben es bereits getan); bei fünf Stunden würde der Mann nicht fehlen, der vier Stunden verfrachte. Sollte dem Arbeiter wirklich verborgen bleiben, daß er sich dem Glend anliefern soll, nur weil das Weltanschauungsbewußtsein es fordert?

